

De Rude Pooz



Stadtteilzeitung der DKP Köln-Innenstadt

III. Ausgabe, Jahrgang 2012

| www.dkp-koeln.de

Masterplan – was ist das?

Am 21. Mai 2009 berichtete der Kölner Stadtanzeiger: „Bereits Anfang Mai 2008 soll es ein zweites Werkstattgespräch im Zusammenhang mit der Erstellung des städtebaulichen Masterplans gegeben haben, den IHK-Präsident Paul Bauwens-Adenauer initiiert hat und der die Neubauten für die Fachhochschule im Kölner Süden vorschlägt.“ Paul Bauwens-Adenauer und sein Unternehmen sind Initiatoren weiterer Projekte in Köln. Mit dem Masterplan entwickeln sie langfristig angelegte Bauprojekte und privatisieren gewissermaßen die Stadtplanung in Köln.

Im Kölner Masterplan Innenstadt sind alle Bau- und Umbaumaßnahmen der Kölner Innenstadt festgehalten, die in nächster oder etwas fernerer Zukunft von der Stadt geplant oder schon im Bau sind. Am Dienstag, den 08.

Mai, fand im Gürzenich eine Informationsveranstaltung statt, in der einige Stadtoberen und der Architekt Auskünfte gaben über 15 der insgesamt 38 Planungen, so z.B. für die Kölner Ringe, den Barbarossa-, Zülpicher- und Ebertplatz oder das Deutzer Rheinufer.

Was uns von „de rude Pooz“ am meisten interessierte, waren die Grundstücke des ehemaligen Brauereigeländes beidseits der Alteburgerstraße und die am Rheinufer direkt hinter der Severinsbrücke (Rheinuferstraße stadtauswärts in südlicher Richtung) liegende Freifläche. Beide wären gut geeignet für den öffentlichen Wohnungsbau, d.h. für preiswerte

Wohnungen im Besitz der Stadt.

In der o.a. Informationsveranstaltung haben wir danach gefragt mit dem Hinweis darauf, dass ein Wohnungsbau der Stadt auf diesen Grundstücken dazu geeignet sei, für einige Familien guten und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig die ständig steigenden Mieten ein klein wenig im Zaun zu halten.

Leider war die Auskunft weniger hoffnungsvoll: das Grundstück an der Alteburgerstraße

soll zum Teil in den geplanten „Inneren Grüngürtel“ einbezogen werden. Ein anderer Teil soll zwar bebaut werden, aber da sich die Fläche im Besitz des Landes befindet, mit noch unbekannter Verwendung. Zur Erinnerung: Im Frühjahr 2008 hatten Beteiligungsfirmen der Bauwens-Gruppe (Paul Bauwens-Adenauer und Patrick Adenauer)

dieses Grundstück für 23 Millionen € gekauft und wenige Wochen später für 33,4 Millionen € an das Land NRW (Bau- und Liegenschaftsbetrieb BLB) verkauft.

Das Grundstück neben der Severinsbrücke wird mit Bürogebäuden bebaut und nur ein kleiner Teil ist für einige kleinere Wohnungen vorgesehen. Der ehemalige Beschluss des Rates, jedes Jahr mindestens 1.000 öffentlich geförderte Wohnungen in der Stadt zu bauen, schon seit Jahren nicht mehr umgesetzt.

Siehe auch: „Die DKP fordert einen Rettungsschirm für die Städte und Gemeinden!“, Kasten auf Seite 3



Deutliche Worte auf dem Heumarkt

Maikundgebung des Kölner DGB

Zehntausend gewerkschaftlich organisierte Kölnerinnen und Kölner demonstrierten am 1. Mai vom Hans-Böckler-Platz zum Heumarkt. Die Reden, die hier gehalten wurden, hatten es in sich. Oft hört man so was nicht.

Eva Pohl, die Vorsitzende des DGB-Regionsfrauenausschusses, nahm sich auf der Vorkundgebung der Kölner Mai-Demonstration die Sprüche der Frauenministerin Schröder vor.

„Unser Problem, sagte sie, seien nicht überkommene Rollenbilder, sondern weniger Lohn für gleiche Arbeit, fehlende Kita-Plätze, die Gefahr von weiblicher Altersarmut aufgrund von Teilzeitarbeit, Niedriglohnssektor und geringfügiger Beschäftigung! „Wir brauchen keine Regelungen wie das Betreuungsgeld! *Wir brauchen den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung durchzusetzen, sozial abgesicherte Arbeitsplätze anstatt Minijobs und einen gesetzlichen Mindestlohn nicht unter 8,50 Euro/Stunde.“*

Fina Macula, Vorsitzende der DGB-Jugend hier in Köln, brachte die Lage der Jugend so auf den Punkt:

„Wir sind hier! Aber wo sind die Ausbildungsstellen? Wo sind die unbefristeten Stellen nach der Ausbildung? Generation Warteschleife - Generation Praktikum – Generation Zeitarbeit – Generation Befristung das ist doch für viele junge Erwachsene nach Ausbildung oder Studium Realität! Wie sollen wir uns damit eine Zukunft – eine Familie – ein Leben aufbauen?“

Fina schilderte, dass Zeitarbeit, prekäre Beschäftigung, befristete Verträge immer mehr um sich greifen. Sie treffen mittlerweile alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – unabhängig vom Alter! „Jeder 8. Beschäftigte in der Zeitarbeit ist, trotz Vollzeitstätigkeit, bereits auf staatliche Transferleistungen angewiesen. *In dem Maße, wie in den letzten Jahren die Arbeitslosigkeit gesunken ist, ist die Zahl der prekären Beschäftigung und der Aufstocker gestiegen. Ist das ein Jobwunder – oder Sozialabbau? Hat das was mit Gerechtigkeit zu tun – oder mit Lohndumping? War das alternativlos oder eher der Sieg des Kapitals vor der Arbeit?“*

Der DGB zählte deutlich mehr Demonstranten als im vergangenen Jahr.

Es waren 10 000 Menschen, die bunt und sehr vernehmlich zum Heumarkt zogen. Hier war die Bühne mit einem Bildnis des gerade verstorbenen Heinrich Pacht geschmückt. Auch in diesem Jahr wäre hier sein Platz gewesen.

Andreas Kossiski, der DGB-Regionsvorsitzende, würdigte in seiner Ansprache zunächst das Werk des großen Kabarettisten, bevor er auf die gegenwärtig drängenden sozialen Fragen zu sprechen kam.

Er kritisierte die skandalösen Angriffe auf Arbeiterrechte in Griechenland, Portugal und Spanien. „Europa hat in den vergangenen Monaten immer neue Rettungsschirme aufgespannt. Meist ging es darum, die Banken zu retten - nicht die Menschen in Griechenland, Spanien, Portugal oder Italien. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer. *Denn wer wird zur Kasse gebeten? Nicht Investmentprofis, Hedgefonds und andere Finanzjongleure, sondern Arbeitnehmerinnen, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, Rentner und Empfänger sozialer Hilfeeleistungen.“* Er kam auf die Lage der Jugendlichen zu sprechen. „Jeder zweite Berufseinsteiger wird nur befristet eingestellt. Generation Praktikum, Berufseinstieg über Leiharbeit und als ganz neue Masche: Scheinselbstständigkeit und Werkverträge. *So sieht die Zukunft vieler junger Menschen aus.“*

DGB und die Gewerkschaften, sagte er dann, organisieren und beteiligen sich an Protestaktionen gegen extrem rechte Gruppierungen:

„Wir müssen uns mit allen friedlichen und kreativen Mitteln den Rechten in den Weg stellen und klare Kante zeigen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt. *Wir dürfen ihnen nicht die Straße überlassen!“*

Annelie Buntentbach, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des Deutschen Gewerkschaftsbundes, kündigte in ihrer Rede an, dass der DGB in den kommenden Monaten bis zur Bundestagswahl die Alterssicherung zum Schwerpunktthema machen wird.

Aber zunächst spricht auch sie vom Naziterror hier in Köln und überall in der Republik: „Diese Nazi-Morde sind nur die Spitze des Eisbergs der rechtsextremen Gewalt in diesem Land. Diese immense Gefahr ist von den Sicherheitsbehörden über lange Jahre hinweg systematisch herunter gespielt worden. Das muss sich ändern, und zwar jetzt! *Das Verbot der NPD ist lange überfällig! NS-Verherrlichung und menschenverachtende Demago-*

gie dürfen nicht länger auf den Schutz des Parteiengesetzes zählen und auch noch aus Steuergeldern finanziert werden – damit muss endlich Schluss sein! Mit dem Verbot von Naziorganisationen wären wir einen entscheidenden Schritt weiter, aber klar ist auch: Gelöst haben wir damit das Problem noch lange nicht. *Da müssen wir dranbleiben, dem braunen Mob und seinen geistigen Brandstiftern entgegenzutreten – auch und gerade als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.“*

Bemerkenswert, was sie zur sogenannten Schuldenkrise zu sagen hatte:

„Statt die Staaten aus der Spekulationsfalle der Finanzmärkte zu befreien, gibt die EZB unsere Steuergelder den Banken nach wie vor zu billigen Zinsen, damit die sie dann zu zum Teil zehnfach höheren Sätzen an die Staaten ausgeben. Da streichen die Banken auf unser aller Kosten immense Spekulationsgewinne ein – und treiben gleichzeitig die Staatsver-

schuldung in immer wahnsinnigere Höhen. Und die sollen dann die Schuldenländer mit Haushaltskürzungen wieder rein holen. *Dieser Kurs läßt die gesamten Lasten der Krise bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ab. So wird die soziale Spaltung und Verarmung beschleunigt - und gleichzeitig noch die Wirtschaft abgewürgt.*

Das kann man inzwischen in Griechenland oder Spanien ganz plastisch besichtigen: Die Arbeitslosigkeit auf einsamer Rekordhöhe, in Spanien aktuell bei 25 Prozent, die Hälfte der Jugend ohne Arbeit, Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslose wissen nicht mehr, wie sie über die Runden kommen können. Die Löhne werden massiv gesenkt, die Tarifautonomie ausgehebelt. Selbst der Mindestlohn – das Mindeste also, was den Menschen zusteht – wird wieder und wieder zusammengeknüpft. Als wäre der das Problem!“

Das war das Festival der Jugend der SDAJ



Das Festival der Jugend lockte 1000 Besucher am Pfingstwochenende auf die Rheinwiesen in Köln. Bei einem Programm aus politischen Diskussionsrunden, Konzerten und Parties kamen Mitglieder, Freunde und Bündnispartner der SDAJ aus dem ganzen Bundesgebiet zusammen.

Das selbstorganisierte Fest wird traditionell alle zwei Jahre veranstaltet. In dutzenden Veranstaltungen diskutierten Vertreter der SDAJ mit befreundeten Organisationen, Gewerkschaften und Interessensvertretern aus Schulen und Betrieben über gemeinsame

Aktionsmöglichkeiten. Schwerpunktthemen waren Strategien gegen Leiharbeit, die Zukunft der Bildungstreikbewegung und der antifaschistische Kampf nach dem NSU-Skandal.

Internationale Gäste von den Geschwisterorganisationen der SDAJ aus Griechenland (KNE), Spanien (CJC) und Belgien (COMAC) analysierten die Auseinandersetzungen in ihren Ländern im Zuge der Krise und standen den Besuchern Rede und Antwort. Die Bundesgeschäftsführung der SDAJ wertet das Festival als vollen Erfolg. „Erneut konnten wir mit unserem Fest unter Beweis stellen, dass unsere Organisation durch den Einsatz zahlreicher Helfer, durch die Unterstützung der DKP und unserer Bündnispartner in der Lage ist, ein sozialistisches Festival für mehrere hundert Dauergäste und ebensoviele Tagesbesucher zu veranstalten. Die politischen-, kulturellen- und sportlichen Highlights unseres Festivals machen uns fit für die vor uns liegenden Auseinandersetzungen in Schulen, Betrieben und auf der Straße“ so Björn Schmidt, Bundesvorsitzender des Jugendverbands.

Die DKP fordert einen Rettungsschirm für die Städte und Gemeinden!

Die Kommunen müssen auf Kosten der Banken entschuldet und von ihren Zinszahlungen entbunden werden. Bund und Land müssen den Kommunen die notwendigen finanziellen Mittel für die übertragenen Aufgaben auch zur Verfügung stellen. Die überschuldeten Städte müssen von den Zahlungsverpflichtungen für den Fonds Deutsche Einheit entbunden werden. Das Spardiktat durch den Stärkungspakt Stadtfinanzen ist sofort zu beenden. Die DKP unterstützt und initiiert Aktionen in den Kommunen gegen den Kahlschlag bei Soziales, Jugend, Bildung und Kultur!

Die Städte gehören uns – nicht den Banken!

(aus: Forderungen der DKP für NRW)

Maifeier der DKP Köln



Mit zahlreichen Gästen feierte die DKP Köln eine sonnige Maifeier. Am Ende wurde gesungen, die Gruppe Albatros brachte auf Zuruf Lieblingslieder, Arbeiterlieder, Kampflieder. Herrlich.

Die Stunde der Reden war da vorbei. Klaus Stein, der Kreisvorsitzende, hatte die Labilität der europäischen Regierungen angesichts des drohenden Fiskalpakts und der Haushaltskürzungen vermerkt. Er warnte vor der Inflation, die von Thomas Meyer, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, in den nächsten Jahren mit jeweils 6 Prozent prognostiziert, von dieser Bank indes selbst betrieben wird.

Herzlich begrüßt wurde Uli Brockmeyer von der KP Luxemburgs und seine Worte beifällig aufgenommen.

Die Luxemburger Genossen wollen an die guten Beziehungen zur DKP Köln anknüpfen, die vor Jahren schon mal lebhafter waren.

Genosse Uli berichtete von den jüngsten sozialen Auseinandersetzungen in seinem Land.

Hier genießt die Arbeiterklasse noch den streikmindernden Komfort einer automatischen Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung. Dieser sogenannte Index wird aber durch Manipulationen in seiner Wirkung gemindert. Es ist der KPL gelungen, auf weitere drohende Eingriffe aufmerksam zu machen. Ministerpräsident Juncker sah sich in der Folge zu einem Gespräch mit einer Delegation der KPL veranlasst. Das hat am vergangenen Montag stattgefunden.

Marina Küpper von der SDAJ Köln warb in ihrem Grußwort für das bundesweite Festival der Jugend, das zu Pfingsten wieder in Köln stattfinden wird.

Walter Stehling, der zunächst gegen das lange Gelabere wettete, konnte indes die Gemüter mit einem viel belachten satirischen Beitrag aufheitern.

Unser afghanischer Freund und Genosse Azim trug Gedichte vor und sang zum Harmonium berührende Lieder seiner Heimat.

Länger hätte das Fest nicht dauern dürfen, denn der Vorrat an Getränken und Grillgut ging pünktlich zur Neige. Der Kreiskassierer war zufrieden, die Tombola ausverkauft, der Hauptpreis, ein sowjetisches Schachset samt Flachmann, hatte den Gewinner glücklich gemacht. Nur die SDAJ hatte aus ihrer Mojito-Produktion noch etwas Rum übrig. (aus: Unsere Zeit, 4. Mai 2012,)

Rotes ★ Sommer.Fest im Severinsviertel

Samstag, 25. August 2012
ab 15 Uhr, Bayenstraße 11

Deftiges vom Grill
Kloßsch vom Floss
Kaffee & Kuchen
Italienisches Essen
Cocktails
Tombola
LIVE-Musik !!!
Denkwürdiges
Informationen
Echte Kommunisten und
andere nette linke Menschen
aus dem Voedat...

DKP
Gruppe Köln-Innenstadt



SDAJ



Warum brauchen wir einen Mindestlohn?

In Deutschland leben 2,7 Millionen Frauen und 1,1 Millionen Männer trotz Vollzeitarbeit in Armut. Sie müssen mit weniger als der Hälfte des durchschnittlichen monatlichen Bruttolohns - mit weniger als 1.470 Euro - über die Runden kommen. Besserung ist nicht in Sicht. In Berufen, die keiner tariflichen Lohnregelung unterliegen, können die Unternehmer Löhne willkürlich festlegen. Vor der Einführung der Hartz IV-Gesetze mussten die Unternehmer Lohnangebote machen, die über der Arbeitslosenhilfe lagen: Wer arbeitet schon freiwillig für noch weniger Geld? Seit den Hartz IV-Gesetzen, ist ein Hungerlohn für viele Menschen oftmals attraktiver als Entmündigung und Behördenschikane.

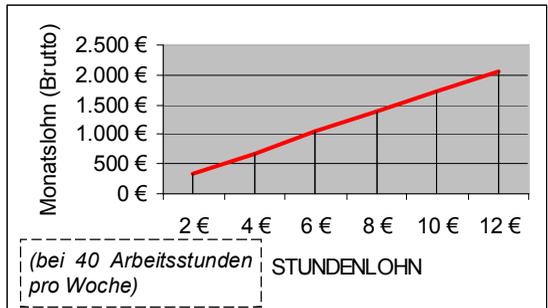
Aber selbst Tariflöhne schützen nicht mehr vor Armut. In über 100 Tarifverträgen sind Löhne unterhalb von 6 Euro die Stunde vereinbart. Sie gehören mit weniger als 1.000 Euro brutto im Monat(!) zu den Armutslöhnen. 2,8 Millionen Beschäftigte sind davon betroffen. Der niedrigste Tariflohn in Deutschland ist 2,74 Euro für einen Angestellten im Gartenbau in Sachsen. Ein Hilfsarbeiter in der rheinländischen Landwirtschaft erhält 4,68 Euro, eine Meisterin im Friseurhandwerk in Sachsen 5,52 Euro.

Nur ein Mindestlohn kann das Lohndumping unterbinden. Der DGB forderte zum 1.Mai 2011 den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro die Stunde.

Besonders Frauen sind durch Niedriglöhne betroffen. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahre 2012 fand heraus, dass von den 4,8 Millionen Menschen in Deutschland, die auf Minijobs als Haupterwerbsquell angewiesen sind, 3,2 Millionen Frauen sind (=66,7%). 86 Prozent der Minijob-

ber arbeiten für einen Niedriglohn (taz, 23.03.2006).

Ein Mindestlohn wäre also auch ein erster wichtiger Schritt zur Verbesserung der Lage der Frau in der Arbeitswelt.



Die Unternehmensverbände BDI und BDA erklärten in einer gemeinsamen Stellungnahme Deutschland sei „kein Niedriglohn- sondern ein Hochlohnland“. Mindestlöhne würden „im großen Umfang vorhandene Arbeitsplätze vernichten und Investitionen und zusätzliche Arbeitsplätze verhindern“.

Dass es sich dabei um eine glatte Lüge handelt zeigt ein Blick nach Frankreich: Seit 2001 stieg der Mindeststundenlohn von 6,67 € auf 9 € 2011 an, was einer Steigerung von 35 % über den Zeitraum von 10 Jahren entspricht. (Mitteilung der franz. Botschaft)

Der Widerstand aus Politik und Wirtschaft zeigt deutlich: Wenn wir einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn wollen, müssen wir Druck von der Basis aufbauen, damit sich endlich etwas bewegt.

Das können wir nur gemeinsam: Deshalb hinein in die Gewerkschaften!

DGB

Niedriglohn macht Deutschland arm. Arm trotz Arbeit.

DEUTSCHLAND BRAUCHT DEN MINDESTLOHN.

**KEIN LOHN
UNTER 8,50
PRO STUNDE**

Demokratie statt Fiskalpakt!

Mit dem Fiskalpakt werden den Staaten der EU Regeln vorgegeben, nach denen sie Schuldenbremsen einzuführen haben.

Der Europäische Stabilisierungsmechanismus (ESM) ist ein Fonds von mindestens 700 Mrd Euro. Finanziert wird dieser permanente Krisenfond durch die nationalen Staatshaushalte der Mitgliedsländer. Also mit den Geldern, die wir als Steuern an den Staat abführen.

Die Mittel des ESM sollen an Staaten ausgezahlt werden, die kurz vor dem Staatsbankrott stehen.

Aus dem ESM sollen aber nur Gelder fließen, wenn die Staaten die Schuldenbremsen des Fiskalpakts in die nationalen Verfassungen schreiben und dieses Gesetz einhalten.

Überwachen soll das ein Gouverneursrat. Alle Handlungen im Namen des ESM sind vor Strafverfolgung geschützt, geheim und unterliegen keinerlei parlamentarischer Kontrolle. Der Zweck dieser Konstruktionen ist nun, dafür zu sorgen, dass die Staaten weiterhin in der Lage sind, die Schulden der Banken zu übernehmen, damit diese nicht auf ihren faulen Krediten sitzen bleiben und Gefahr laufen, bankrott zu gehen.

Die Banken und andere private Geldinstitute tragen mittlerweile keinerlei Risiko mehr. Wir tragen es.

So rollt wieder eine riesige Welle von Umverteilung von Arm nach Reich auf uns zu. Es wird Zeit, daß die Banken in öffentliches Eigentum überführt werden. Aber zunächst müssen wir uns gegen die Kürzungsmaßnahmen wehren.

Das fängt unten an, bei den Städten und Gemeinden. Unter anderem schlägt die Stadtver-

waltung vor, über zwei Millionen Euro durch eine drastische Erhöhung von Parkgebühren einzunehmen. **Wir sind aber gegen fiskales Parken für den Fiskalpakt! Und für die Kinder sind gegenwärtig Kitas nötig, nicht erst dann, wenn sie schon groß sind! Die ALLG-Empfänger benötigen ein Sozialticket, das nicht mehr als 15 Euro im Monat kosten darf.**

DKP

„Europa wird den Profit- und Machtinteressen des Transnationalen Kapitals unterworfen, ohne dass die widerstreitenden Interessen der transnationalen und der nationalen Bourgeoisien aufgehoben werden. Deshalb ist der Integrationsprozess ein Feld des Konkurrenzkampfes und der politischen Konflikte. Die europäische Integration bleibt ein Feld der Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Kräften der Bourgeoisie, vor allem aber auch des Klassenkampfes.“

Aufgrund seiner großen ökonomischen und finanziellen Potenzen hat sich Deutschland die Rolle einer maßgeblichen Führungsmacht angeeignet[...]. Gestützt auf diese Rolle verfolgt das deutsche Monopolkapital erneut die alte Strategie des deutschen Imperialismus, eine aggressive wirtschaftliche, politische und militärische Expansionspolitik in Richtung Ost- und Südeuropa bis zum Kaukasus und dem Nahen und Mittleren Osten zu betreiben. Die wirtschaftliche und die politische Dynamik drängen die EU, sich den Kern eines supranationalen Staatsapparates zu verschaffen.“

(aus: Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, S. 14)

Südstadt siegt!

Seit dem 1. April steht der Waffenladen an der Bonner Straße leer. Jetzt muß was anderes rein. Das ist ein schöner Erfolg von allen in der Südstadt, die sich dafür eingesetzt hatten, daß er verschwinde, allen voran die Initiative „Veedel ohne Waffen“. Gratulation!

Aber auch wir, die DKP Innenstadt, haben seit November 2010 regelmäßig davor gestanden und Flugblätter gegen den Waffenladen ver-

teilt. Am 4. Dezember beispielsweise mit der Forderung: Abrüstung! Lasst uns in der Südstadt damit anfangen! Tatsächlich war der Laden „PW Outdoor, Defense and More“ alles andere als harmlos. Er gehörte zur Ladenkette PW Tobacco, die in Deutschland noch weitere 25 Läden unterhält. Schwerpunkt in den östlichen Bundesländern. Die PW Tobacco GmbH gehört zur UMAREX-Gruppe. UMAREX ist der

weltgrößte Hersteller von Replikas (Schein-Waffen ohne Waffenschein). Zu UMAREX gehören aber auch die UMAREX Sportwaffen GmbH, seit 1993 die Carl Walther GmbH und seit 2010 die Waffensparte des Spannwerkzeugherstellers Röhm in Sonthofen. UMAREX besitzt zudem Lizenzrechte für Heckler und Koch, Smith & Wesson und des Schweizer Sportwaffenherstellers Hämmerli. Mit der Übernahme von Walther bietet UMAREX neben freiverkäuflichen auch erwerbs-scheinpflichtige scharfe Waffen an. Die PW

Shops wollten nicht nur ihre Produkte verkaufen, sondern auch bei den künftigen Käufern, bei Kindern und Jugendlichen, Begeisterung für Waffen wecken.

Das hat in der Kölner Südstadt offenkundig nicht geklappt.

Das Unternehmen ist dennoch expansionsorientiert. Es hat 700 Mitarbeiter, einen jährlichen Umsatz von 150 Mio Euro und Niederlassungen in den USA und Österreich. Damit hatten wir es zu tun!

MASCH - Marxistische Abendschule in Köln

Fortsetzung der gemeinsamen Lektüre von:

„Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“

Mittwoch, 18. Juli, 19:30

Freidenkerzentrum, Bayenstraße 11, 50678 Köln



Kulturabend der DKP Köln-Innenstadt

**Wann? - 26.06.2012,
19:30 Uhr**

**Wo? - Freidenkerzent-
rum, Bayenstr. 11,
50678 Köln**

Der Film beruht auf einem tatsächlichen Kriminalfall. Am 1. November 1957 wurde Rosemarie

Nitribitt ermordet aufgefunden. Sie hatte sich in Frankfurt als Prostituierte betätigt, Kunden mittels Mercedes-Coupé aquiriert und war dabei in nicht so sehr feine als reiche Kreise geraten. Ihr bekanntester Freier war Harald von Bohlen und Halbach, Bruder von Alfred Krupp, dem Chef des Hauses. Andere Namen sind Harald Quandt, Ernst und Gunter Sachs. Aber die Polizei untersucht nicht weiter. Auch nicht, als Heinz Pohlmann, der droht, Namen auszuplaudern, aus dem Umfeld der Krupp-Dynastie Schweigegeld geboten wurde.

Über den Mord kommt am 28. August 1958 ein Film in die Kinos, Regie Rolf Thiele. Die Titelrolle spielt Nadja Tiller. Der Film enthält eine Szene, die sich gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik richtet. Zu einer Wochenschauaufnahme von marschierenden und marschierenden Bundeswehrsoldaten singen zwei Bänkelsänger (Mario Adorf und Jo

Herbst) den Refrain „wir haben den Kanal noch lange nicht voll“. Diese Szene wird von der Freiwilligen Selbstkontrolle (FSK) verboten mit der Begründung, dies sei eine „Herabwürdigung der verfassungsmäßigen und rechtsstaatlichen Grundlagen des deutschen Volkes, da die Bundeswehr eine verfassungsmäßige rechtsstaatliche Einrichtung der Bundesrepublik ist und von dieser Kombination – Bundeswehr – Bilder – Schlagertext – eine herabwürdigende Wirkung ausgeht“. Außerdem fordert die FSK einen Textvorspann, der zum Ausdruck bringen soll, dass es sich bei den geschilderten Mißständen und den kritisierten Leistungsträgern um Ausnahmen handle, die nicht symptomatisch für die bundesdeutsche Wirklichkeit seien.

Drei Jahre nach dem Mord, im Juli 1960, wird Nitribitts Freund Hans Pohlmann erwartungsgemäß vom Mord freigesprochen. Der Mörder wird nie gefunden werden.

Tatsächlich gibt es noch eine weitere Zensurmaßnahme. Ein Bild von Ludwig Erhard, das in der Film-Wohnung der Nitribitt hängt, wird wegretuschiert. In der DVD-Fassung, die wir zeigen, sind die zensierten Stellen wieder da.

Wir verlangen keinen Eintritt.

Es gibt sogar Pasta und Wein. Nicola wird dafür sorgen. Spenden werden aber gerne entgegen genommen.

Wir über uns

Die 1968 gegründete Deutsche Kommunistische Partei steht in der Tradition der Kommunistischen Partei Deutschlands, die Adenauer zwölf Jahre zuvor verbieten ließ. Das Ende des Sozialismus in Europa war auch für uns ein tiefer Einschnitt, von dem wir uns allmählich wieder berappeln. Die DKP hat heute in Ost und West etwa 4000 Mitglieder, in den letzten Jahren nimmt die Zahl der Neueintritte vor allem Jüngerer zu.

Ziel der DKP ist letztlich eine sozialistische Welt ohne Krieg und Ausbeutung. Wer sich gegen den Abbau demokratischer und sozialer Rechte und für eine friedliche Welt einsetzen will, findet in der DKP seine Mitstreiter.

In Köln ist die DKP in fünf Parteigruppen organisiert und in allen Stadtbezirken präsent. Unsere Mitglieder wirken in den Gewerkschaften, der Friedensbewegung, antifaschistischen Initiativen und sozialen Bewegungen mit. In Köln hat die kommunistische Bewegung eine lange Tradition. Auch in der Innenstadt/Südstadt wollen wir wieder stärker werden.

Die DKP arbeitet besonders eng mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) zusammen, die auch in Köln mit einer eigenen Stadtgruppe aktiv ist.

Nur Mut!

UZ-Unsere Zeit, Wochenzeitung der DKP
Die Kommunistische unter den Linken.
www.kommunisten.de

Jetzt
4 Wochen
kostenlos
probelesen!

Name Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Termine und Veranstaltungen

- ★ **Kulturabend der DKP Köln-Innenstadt**, *Dienstag 26. Juni, 19.30 Uhr, Freidenkerzentrum, Bayenstraße 11, 50678 Köln.*
- ★ **Mitgliederversammlung der DKP Köln-Innenstadt**, *Donnerstag, 17. Juli, 19:30 Uhr, Freidenkerzentrum Bayenstraße 11*
- ★ **Rotes Sommerfest im Severinsviertel**, *Samstag, 25. August ab 15:00 Uhr im Freidenkerzentrum Bayenstraße 11*

Ja, ich will:

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- Kontakt zu einer DKP- Gruppe in meiner Nähe

Name

Vorname

Straße/Mr.

Ort/PLZ

E-Mail

Ausfüllen & abschicken an:
DKP Parteivorstand, Hoffnungstr. 18
45127 Essen www.dkp.de
E-Mail: dkp.pv@t-online.de

Kontakt: vorstand@dkp-koeln.de

V.i.S.d.P.: Roßels, Bayenstr. 11,
50678 Köln